

Die große Krise.

Berlin, 7. Juli.

A. W. Wir durchleben die schwersten Krisen-tage, die unser politisches Leben seit Ausbruch des Krieges gekannt hat. Es lastet auf einem wie ein Alp, in solchem Augenblick nicht mit rückwärtsloser Offenheit sprechen zu können. Was andere Länder in den Geheimtätigkeiten ihrer Parlamente erlebigen, spielt sich bei uns im Hauptausschuß des Reichstages ab. Trotz der strengen Vertraulichkeit dieser Verhandlungen ist aber unvermeidlich, daß die gesamte politische Welt des Inlandes und des Auslandes doch sehr bald ohne Schwierigkeit versteht, um was es sich handelt. Die Krise, in der wir uns befinden, knüpft ebensoviel an bei den grundsätzlichen Kriegs- und Friedensfragen wie bei denen der Neugestaltung unseres inneren Systems. Daß dieses System nach grundsätzlichen Reformen schreit, dafür sind die gegenwärtigen Vorgänge ein Beweis in sich selber. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß jede Krise wie die heutige sich zuspitzt in der praktischen Frage der Personen.

Es sei zunächst kurz dargestellt, was geschehen ist, soweit wir dazu mit Rücksicht auf die Vertraulichkeit der Kommissionsverhandlungen in der Lage sind. Wir haben uns mit Rücksicht auf diese Vertraulichkeit in unserer gestrigen Sonnabend-Morgenausgabe auf ganz allgemeine Andeutungen beschränkt. Inzwischen ist jedoch der Zusammenhang andererseits schon so weit behandelt worden, daß wir über die grundlegenden Vorgänge folgendes sagen können: Der Abgeordnete Erzberger hat im Hauptausschuß, wie der Bericht sagt, „über die Lage im Innern, den Uboot-Krieg und die Friedensmöglichkeiten“ eingehend gesprochen. Seine Rede war ein Angriff gegen die Regierung, d. h. gegen den Staatssekretär des Marineamtes sowohl wie gegen den Kanzler. Er hat seine Angriffe heute erneuert. Die verschiedenen Vertreter der Regierung haben wiederholt erwidert, zum Schluß der Kanzler selber. Was der Kanzler erwidert hat, müssen wir uns wiederzugeben versagen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei aber von vornherein erklärt, daß der Uboot-Krieg und seine Aufrechterhaltung in keinem Augenblick in Frage gestellt gewesen ist, auch nicht beim Erzberger'schen Vorstoß. Er spielt nur insofern hinein, als Folgen und Folgerungen in Frage kommen für die entscheidende Taktik der Krieg- und Friedenspolitik, mit anderen Worten für die Frage, ob die Kriegszielformulierung einer Revision zu unterziehen ist, etwa in dem Sinne, wie unsere Sozialdemokratie das schon seit geraumer Zeit fordert und wie der Reichstag das im Mai bekanntlich mit großer Mehrheit als nutzlos abgelehnt hat.

Nutzlos wäre es natürlich auch heute. Eine Resolution des Reichstages, die sich im Anschluß an die Wahrheit vom 4. August ausdrücklich noch einmal dazu bekennen würde, daß wir einen Verteidigungskrieg führen, und daß daher in der reinen Verteidigung sich auch die Ziele unseres Krieges erschöpfen, könnte selbstverständlich an der gegenwärtigen internationalen Lage auch nichts ändern. Die führenden Minister unserer Feinde haben auch in dieser Beziehung vorgebaut. Sie haben — ob mit Recht oder mit Unrecht, kommt hier gar nicht in Frage — wiederholt behauptet, die deutsche Regierung strebe nach einem Status quo-Frieden. Sie mühten das behaupten, um gegenüber der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrates eine Handhabe für die Ablehnung dieses Status quo-Friedens ihrerseits, oder mit andern Worten für die Aufrechterhaltung ihrer Eroberungsziele zu gewinnen. Infolgedessen gaben sie auch gestilltlich die Parole aus, die deutschen Sozialdemokraten in Stockholm seien „Beauftragte des Feindes“, oder wie die Entente-Prese täglich schreibt, „kaiserliche Sozialdemokraten“. Wir brauchen unsern Lesern nicht erst zu sagen, wie grundfalsch diese feindliche Unterstellung ist. Jedenfalls aber beweist sie, daß der Reichstag heute mit einer Status quo-Resolution, mag sie auch umschrieben sein, wie sie will, gar nichts erreichen würde, als daß er kläglich hinterdrein hinkt. Mit Resolutionen wird jetzt überhaupt nichts erreicht.

Deswegen soll nicht gesagt sein, daß nicht auch in der Kriegszielfrage die vom Kanzler im Mai eingeschlagene Taktik der Weiterführung oder vielleicht sogar der Revision bedarf.

Es hat sich manches inzwischen geändert, unverändert ist leider nur der gänzliche Mangel an Fühlung geblieben zwischen Regierung und Volk, für die die Mehrheitbildung des Reichstages im Mai ein Anfaß hätte werden können, wenn die Regierung nicht — wie wir das leider damals ahnten — inzwischen wieder alles hätte gehen lassen wie es geht. Als Kernpunkt ist nämlich festzustellen, daß so wenig wie der Uboot-Krieg im Grunde auch die Kriegsziel-taktik überhaupt im Mittelpunkt der Krise steht. Sie tut das nicht einmal für den Urheber Erzberger, sondern auch für ihn handelt es sich um eine Personenfrage. Man muß von Politik gar keine Ahnung haben, um zu be-

haupten, wie das konservative Volkstüm gesteuert und heute getan haben, es handele sich bei der ganzen Sache um ein zwischen Bethmann und Erzberger abgekartetes Spiel. Wir glauben vielmehr, daß die Quellen der Erzberger'schen Aktion außerhalb des Deutschen Reiches zu suchen sind. Jedenfalls ist der Erfolg seines Vorstoßes, daß wir eine Kanzerkrise in aller Form haben.

Die Gründe hierfür? Man vergegenwärtige sich, daß die Rede irgendeines Abgeordneten, der zufällig hier Erzberger hieß, und der das Material und die politische Taktik der Regierung einer Kritik unterzieht, genügt hat, um über Nacht urplötzlich den ganzen Bau unserer inneren und äußeren Politik über den Haufen zu werfen, ohne daß die Regierung imstande gewesen wäre, dem etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Das ist der Bankrott des Systems. Und wenn man konsequent sein will, gleichzeitig der Bankrott des für seine Handhabung verantwortlichen leitenden Mannes. Und so spitzt sich die Frage denn dahin zu, ob der nicht mehr aufzuhaltende Systemwechsel sich überhaupt noch unter seiner Führung vollziehen kann oder nicht. Denn selbst, wenn er morgen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen auf den Tisch legte, einige der Hauptreaktionäre im preußischen Ministerium besetzte, und vielleicht sogar zur Parlamentarisierung der Reichsregierung durch Berufung einiger Parlamentarier Ansätze machte, er würde es gedrängt tun, nicht aber als Führer. Welche Gewähr also hätten wir, daß sich ähnliches wie in diesen Tagen in zwei Monaten nicht doch wiederholt? Immer konsequenter erhebt sich daher in den Kreisen aller Parteien der Mitte und der Linken die Frage, ob eine Lösung der gegenwärtigen Krise, bei der die Kriegsziel-taktik, der Uboot-Krieg und Erzberger'scher Vorstoß nur Anlaß waren und den Kern gar nicht treffen, überhaupt anders möglich ist, als auf Grund eines Systemwechsels, der in einem Personenwechsel seinen handgreiflichen Ausdruck findet. Hierfür allerdings ist erste Voraussetzung, daß die Parteien des Reichstages selber wissen, was sie wollen, und nicht so sehr durcheinanderlaufen, wie sie es gestern und heute getan haben. Man kann den Mittelparteien des Reichstages den Vorwurf keineswegs ersparen, daß auch sie auf die gegenwärtige große Entscheidung nicht vorbereitet waren, daß sie vollständig überrascht worden sind, und daß es der reichlich trüben und zweifelhaften Motive eines Matthias Erzberger's bedurfte, um den Stein ins Rollen zu bringen. Angst vor der Verantwortung und Halbheit des Willens haben auch verhindert, daß sich, wie wir das erwartet hätten, sofort eine feste Gruppe entschlossener Männer aus verschiedenen Parteien gebildet hätte, die die Tragweite der Vorgänge gleich durchschauten und ihre Beschlüsse faßten.

Heute ist der Kaiser in Berlin. Hindenburg und Ludendorff sind bei ihm zum Vortrag. Er berät auch mit dem Kanzler. Ist es denkbar, daß in solchem Fall nicht auch die Parteiführer zur Stelle sind um ihr Wort in die Waagschale zu legen? Sie halten heute Fraktionsführungen ab. Von den Nationalliberalen hören wir, daß sie sich einer Resolution à la Erzberger keinesfalls anschließen wollen. Mit einer Resolution ist ja überhaupt nichts geschehen. Andererseits scheint der Kanzler zu erwarten, daß es ihm gelingen wird, doch noch, ähnlich wie im Mai, die ganze Frage mit einer neuen Variation seiner bisherigen Reichstagsreden zu lösen, und dafür die Zustimmung der Mehrheit zu finden, wenn er etwa gleichzeitig die oben angedeutete Reform hinzusetzt. Wir können uns diesem Optimismus nicht anschließen und wir möchten hoffen, daß an der maßgebenden Stelle über die wahre Situation keine Unklarheiten belassen werden.

So viel steht fest: nur ein klares, fest umrissenes ganzes und nicht halbes Reformprogramm unter sofortiger Durchführung wird einen Kanzler, sei er wie er sei, in den Stand setzen, die Führung unseres Staatsschiffes wieder in die Hand zu nehmen und einen Kurs zu steuern, bei dem die Kräfte unseres Volkes im Sinne unserer obersten Heeresleitung tatkräftig zusammengefaßt werden können zum guten Ende.